



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

ARBEITSPLÄTZE DURCH ENERGIESPARENDE GEBÄUDESANIERUNG IN DER HAUPTSTADTREGION

09.03.2006 Fachinformation

Gemeinsame Erklärung des DGB (Bezirk Berlin-Brandenburg), der IG BAU (Berlin) und des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen zur Initiative Klimaschutz und Beschäftigung in Berlin-Brandenburg. Eine effektivere Nutzung von Fördergeldern des Bundes, erhebliche Beschäftigungseffekte sowie ein gesteigertes Energiebewusstsein sind das Hauptanliegen der Initiative des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU). Angesichts von mehr als 500.000 renovierungsbedürftigen Altbauten sowie rd. 40.000 arbeitslosen Bauarbeitern soll die energetische Modernisierung des Gebäudebestandes forciert werden, Jobs in der Bauwirtschaft sollen erhalten und neu geschaffen werden, bekundeten Rainer Knerler, Geschäftsführer der IG BAU, Bezirksverband Berlin, und Siegfried Rehberg vom BBU anlässlich der Vorstellung der Initiative am 9. März 2006 im Rahmen eines Pressegesprächs. Die auf Betreiben des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg und des Vereins Energie & Arbeit e.V. gegründete Initiative für Klimaschutz und Beschäftigung in Berlin-Brandenburg will u.a. Hemmnisse für die Umsetzung von klimaschonenden Investitionsvorhaben beseitigen. Das Projekt soll die energetische Modernisierung in Berlin-Brandenburg in Kooperation mit dem Netzwerk vorantreiben und wird seit Januar 2006 von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert. Angesichts der aktuellen Arbeitslosenzahlen und gestiegener Energiepreise werden neue Wirtschaftsimpulse in Berlin und Brandenburg dringend benötigt. Im Dezember waren 39.684 Baufacharbeiter in den beiden Ländern arbeitslos, das Land Berlin führt mit einer Quote von 49,2 Prozent bundesweit die Statistik an. Hinzu kommen 1.300 arbeitslose Architekten und über 2.000 arbeitslose Ingenieure. Demgegenüber stehen ca. 500.000 nicht modernisierte Wohnungen und ein großer Bestand an öffentlichen Gebäuden in der Region, die auf eine Modernisierung zur Einsparung von Betriebskosten, Energie und CO₂-Emissionen warten. Die Voraussetzungen sind derzeit günstig. Die geplante Aufstockung der Mittel für die energetische Gebäudesanierung durch die Bundesregierung schafft gute Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Bauvorhaben. Auch sehen Bauherren, alarmiert durch die erheblichen Energiepreisssteigerungen und die Frage einer langfristig sicheren Energieversorgung, immer deutlicher die wirtschaftlichen Vorteile einer energetischen Sanierung. So haben die Wohnungsunternehmen im BBU durch geeignete Maßnahmen erreicht, dass die Mieter im Jahr 2005 für Heizung und Warmwasser nicht mehr bezahlten als Mitte der 90er Jahre. "Energetische Gebäudesanierung ist qualitativ hochwertiges 'Bauen im Bestand', wofür sehr gut ausgebildete Fachkräfte gebraucht werden. Unsere ortsansässigen Bauleute haben die nötigen Qualifikationen und sind bei fairem Wettbewerb mehr als konkurrenzfähig", betonte Rainer Knerler für die IG BAU. Energetische Gebäudesanierung ist aus Sicht des DGB-Bezirks auch ein Feld für die Wirtschaftsförderung. In diesem Sinne hat sich der DGB-Bezirk in seiner Stellungnahme für die neue Förderperiode der EU-Strukturfonds dafür ausgesprochen, diese Maßnahmen verstärkt zu fördern. Die Koordinierungsstelle ist bei der Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin angesiedelt und wird mit einer Anschubfinanzierung durch die Hans-Böckler-Stiftung für zunächst zehn Monate gefördert. Bei Erfolg ist eine Verlängerung der Projektlaufzeit auf 18 Monate denkbar. Zusätzliche Ressourcen bringen der DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg und der BBU, Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, ein.

